

Marode Schulen und Krankenhäuser, explodierende Mieten in städtischen Ballungsräumen, steigende Preise für Wasser, Strom und Gas, geschlossene Filialen der Deutschen Post, »Verzögerungen im Betriebsablauf« bei der Deutschen Bahn, eine wachsende Zahl gebührenpflichtiger Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Nachhilfeinstitute – immer häufiger wird sicht- und spürbar, wie Privatisierungen den Staat und damit uns schwächen. Im Irrglauben daran, dass Privatisierungen Dienstleistungen besser, billiger und bürgernäher machen, schüttelt »Vater Staat« immer mehr Aufgaben ab.

Unternehmen wie die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Luft Hansa, die Bundesanstalt für Flugsicherung, die Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn – sie gehörten einst vollständig dem Bund und wurden doch alle privatisiert. Jetzt plant die Bundesregierung eine Autobahn - GmbH.

Auch auf kommunaler Ebene greift die Entstaatlichung seit vielen Jahren Platz. Allerorten verkaufen Städte und Gemeinden ihre Krankenhäuser und Wohnungen, Stadtwerke und Schulgebäude.

Marktmechanismen greifen seit einigen Jahren selbst bei Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten sowie bei Wasser-, Klär- und Elektrizitätswerken. Privatisiert werden neuerdings aber auch Armeen, Gewässer und Sparkassen –

stets mit dem Versprechen, alle Bürger würden dadurch gewinnen und keiner etwas verlieren.

Dabei ist die im Kontext von Privatisierungen beliebte Metapher vom »Verkauf des Tafelsilbers« unzutreffend. Tafelsilber liegt oft unnützlich im Schrank herum; staatliche Unternehmen verschaffen der Allgemeinheit jedoch laufende Einnahmen. So belegt die Historie des Bahn- und Postwesens, dass Staatsunternehmen durchaus profitabel arbeiten können. So ließ die Bundespost dem Staatshaushalt noch Ende der 1980er-Jahre einen Jahresüberschuss von mehr als fünf Milliarden D-Mark zufließen.

Die viel beschworenen »Effizienzvorteile« der Privaten existieren nicht. Von der immer wieder in Aussicht gestellten Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Privatisierungen kann folglich keine Rede sein – jedenfalls dann nicht, wenn man auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung blickt. Mehr als 1,5 Mio. Arbeitsplätze sind in den letzten 20 Jahren durch Privatisierungen vernichtet worden.

Schon ein Blick auf die aus der Deutschen Bundespost hervorgegangene Deutsche Post AG lässt Zweifel an der allseits beschworenen Effizienz aufkommen. So wird der Bund bis 2076 ca. 500 Mrd. Euro Witwen-, Waisen- und sonstige Renten für die ehemaligen Beamten des »Gelben Riesen« zahlen. Der nunmehr weltweit größte Logistikkonzern wird somit trotz milliardenschwerer Gewinne mit derzeit rund acht Mrd. Euro pro Jahr subventioniert. Und

während dem »schlanken« Staat das Wort geredet wird, beklagen wir die Schließung von Postfilialen, die Demontage von Briefkästen, die Ausdünnung der Zustellungsintervalle bei Privathaushalten und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse im Postsektor. Immer häufiger stellen Mini- und Midi-Jobber oder Kurz-, Zeit- und Leiharbeiter Briefe und Pakete zu.

Die aus der Privatisierung des zweiten großen Staatskonzerns – der Deutschen Bahn – erwachsenen Negativerscheinungen wie Lok-, Oberleitungs- und Triebfahrzeugschäden sowie damit verbundene Verspätungen von 8.000 Stunden pro Tag lassen nicht mehr nur die 1,8 Millionen Bahnpendler aufhorchen, die täglich in die Züge steigen. Neuerdings wünscht sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung eine Bürger- statt eine Börsenbahn, die nicht jedes Jahr die Fahrpreise erhöht und die Fahrtakte immer weiter ausdünnert, sondern Deutschland flächendeckend mit Schienenverkehrsleistungen bedient.

Galt die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungen viele Jahre parteiübergreifend als »Patentrezept« zur Sanierung klammer öffentlicher Kassen, bildet sich seit geraumer Zeit insbesondere auf kommunaler Ebene wieder ein Bewusstsein für die Vorzüge der staatlichen Daseinsvorsorge heraus. So sind in Städten wie Freiburg und Dortmund die Kosten für die Gebäudereinigung nach der Rekommunalisierung massiv gesunken.

Fühlen wir uns der Tradition des westeuropäischen Sozialstaates verpflichtet, wonach sich die Stärke einer Gesellschaft am Wohl der Schwachen bemisst, dann muss als Grundsatz gelten: Gemeinwohl- statt Gewinnorientierung. Es ist deshalb Zeit für eine Renaissance des Staates.



Tim Engartner ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt am Main. Er veröffentlicht regelmäßig Artikel in Tages- und Wochenzeitungen (*Zeit, FAZ, FR, taz, Freitag, SZ*).



Frankfurter Lehrerzeitung, 22.11.2016:
»Engartner zeigt in seinem Buch ein Pandämonium der Privatisierung aller Lebensbereiche auf, wie sie in der liberalistischen Theorie eines Milton Friedman programmatisch angedacht ist, bisher aber von den betroffenen Bürger*innen im tatsächlichen Umfang noch gar nicht wirklich wahrgenommen wird.«
Campus Verlag 2016, 268 Seiten, 22,95 €
V.i.S.d.P.: Dr. M. Forßbohm, Wiesbaden

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

Tim Engartner
**"Staat im Ausverkauf
Privatisierung
in Deutschland"**
Vortrag und Diskussion
Dienstag, 28.03.2017
19.30 - 21.30 Uhr
Georg-Buch-Haus
Wellritzstraße 38 a,
Wiesbaden
Eintritt frei